

## GROSSER RAT

GR.21.232

### VORSTOSS

#### **Postulat der GLP-Fraktion (Sprecherin Béa Bieber, Rheinfelden) vom 14. September 2021 betreffend Ermöglichung von Spartickets in Tarifverbänden**

---

##### **Text:**

Spartickets sollen auch in den Aargauer Tarifverbänden angeboten werden können. Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich bei den dafür zuständigen Stellen dafür einzusetzen und dem Grossen Rat oder der Kommission Umwelt, Bau, Verkehr, Energie- und Raumordnung (UBV) über die Aktivitäten und Erkenntnisse Bericht zu erstatten.

##### **Begründung:**

2019 wurden 8,8 Millionen Spartickets in der Schweiz verkauft. Laut einer Untersuchung der SBB wurden dank Sparbilletten 2,9 Millionen Fahrgäste mehr befördert, und 1,5 Millionen Reisende haben ihre Reisezeiten in Randstunden verschoben, um davon zu profitieren. Die entsprechende Tarifhöhe liegt bei den Transportunternehmen. Nach Artikel 15 Absatz 3 des Personenbeförderungsgesetzes müssen für Kundinnen und Kunden in vergleichbarer Lage vergleichbare Bedingungen vorgesehen werden. Der Bundesrat äusserte sich dahingehend, dass ein einheitliches Sortiment allen öV-Nutzenden angeboten wird, unabhängig davon, ob sie im nationalen Direkten Verkehr oder in einem Verbundgebiet verkehren. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt bei der Branchenorganisation Alliance SwissPass.

Der Bund fordert bereits seit längerer Zeit eine Harmonisierung zwischen dem nationalen Direkten Verkehr und den 18 jeweils eigenständigen regionalen Tarifverbänden. Wichtig sind schweizweit harmonisierte, verständliche und wirtschaftliche Tarifbestimmungen. Der Tarifverbund Pässepartout z. B. hat im Frühjahr 2021 Sparbillette eingeführt. Weitere Verbände überlegen sich zurzeit, dem Beispiel des Pässepartouts zu folgen. Alliance SwissPass hat die Voraussetzungen geschaffen, um eine einheitliche Einführung von Sparbilletten in Tarifverbänden zu koordinieren. Die Durchsetzung von Sparbilletten in Tarifverbänden setzt voraus, dass Alliance SwissPass verbindliche Entscheide auch für die 18 regionalen Tarifverbände treffen kann. Dies ist heute noch nicht der Fall. Aus diesem Grund hat das Bundesamt für Verkehr die dafür massgebliche Branchenvereinbarung Ue 500 nur befristet bis Ende 2021 bewilligt. Im Kanton Aargau fehlt ein Konzept von Seiten Regierungsrat, wie Tarifverbände dazu angeregt werden können, diese Ungleichheit aufzuheben. Sollten sich anderweitiger Handlungsbedarf hinsichtlich Tickets ergeben, wird der Regierungsrat eingeladen, dies ebenfalls zu thematisieren.